

werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17...

Ar. 164

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen...

Sonnabend, 5. März.

Inserate, die sechsblättrige Beilage oder deren Stamm in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den Sonntagen...

1892

Deutscher Reichstag.

187. Plenarsitzung vom 4. März, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes und des Kolonialetat's.

Zu dem Titel I der Ausgaben des Auswärtigen Amtes „Staatssekretär“ liegt eine Resolution Dr. v. Bar (Hr.), Bismarck (ul.), Särele (Sp.) vor, durch internationale Verträge die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßigen Satz des Völkerrechts zu machen.

Abg. Dr. Baumbach (Hr.): Bei Gelegenheit der Besprechung des Marineetat's ist die Frage, welche wir in der Resolution anregen, erörtert worden. Für die Bewilligung der Kreuzerforderten wurde angeführt, daß der Zweck der Schiffe sein soll, in Kriegszeiten Deutschlands Handel zu schützen und den feindlichen Handel zu schädigen. Für diesen Zweck sollen 7 Schiffe mit einem Aufwande von 47 Millionen Mark gebaut werden.

Man beugnet ja einer gewissen ironischen Anschauungsweise über die Veruche, durch internationale Schiedsgerichte friedliche Lösung von Streitigkeiten herbeizuführen. Welche Betrachtungen sind nicht namentlich in der konservativen Presse an die „Römerfahrt“ deutscher Parlamentarier geknüpft worden, und es gab Leute, welche diese Fahrt einen Renommirbummel nannten.

Wenn der Reichstanzler unserer Resolution Folge giebt, dann stellt er sich auf den Boden der traditionellen preussischen Politik. Hat doch Preußen in den sechziger Jahren ausdrücklich auf die Wegnahme der Handelschiffe verzichtet, und vor Beginn des französischen Krieges wurde eine Proklamation erlassen, in welcher dieselben Grundzüge ausgesprochen wurden.

Reichstanzler Graf v. Caprivi: Der Antrag ist ein altes Postulat humaner Herzen, und auch die verbündeten Regierungen würden ihren humanen Herzen gerne Luft machen, selbst wenn der Antrag von der freisinnigen Partei allein, ohne ihre liberalen Freunde, ausgegangen wäre.

Seit 1856 hat sich die Seefriedensführung verändert zu Ungunsten des Schutzes des Privateigentums zur See. Seeschlachten

entscheiden sehr selten und werden in der Zukunft vielleicht nie entscheiden über das Schicksal der Staaten, sondern erst die Folgen der Seeschlachten sind entscheidend. Nur durch Landung im größeren Stile und durch eine Schädigung des feindlichen Handels kann man den in der Seeschlacht Besiegten zum Friedensschluß zwingen.

Daraus folgt, daß die Stellung, die die Seemächte zu dieser Frage einnehmen, eine verschiedene ist. England, die größte Seemacht, wird eine andere Stellung einnehmen als kleinere Seemächte. Dazu kommt, daß es sich nicht bloß um das Gut handelt, welches auf dem Schiff sich befindet, sondern auch um das Schiff selber.

Trotz des humanen Zeitgeistes ist es also doch wahrscheinlich, daß man im Kriege das Privateigentum auf der See in keinem Falle mehr respektiren wird als bisher, und daher würde es für die verbündeten Regierungen nutzlos sein, auf Verhandlungen mit anderen Regierungen im Sinne des Antrags einzugehen.

Abg. Dr. Hartmann (L.): Nach dem Nachweise des Reichstanzlers, daß die von dem Antrag gewünschten Verhandlungen keinen Erfolg haben würden, können wir den Antrag nicht annehmen, obgleich wir seine humanen Bestrebungen theilen.

Abg. Jepsen (ul.): Es ist zu bedauern, daß diese schon vor Jahren angeregte Frage noch nicht erledigt worden ist. Schwierigkeiten kann es doch nicht machen, wenn alle theilnehmenden Staaten den guten Willen zeigen.

Abg. Dr. v. Bar (Hr.): Früher wurden alle Bestrebungen, welche auf die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See gerichtet waren, mit Hinweis auf das widerstrebende England bekämpft. Aber heute ist es in England anders geworden, seitdem man dort zu dem Bewußtsein gekommen ist, daß eine kleine seeführende Macht den englischen Handelschiffen ungeheuren Nachtheil zufügen kann.

Abg. Dr. Dertner (Hr.): Auch wir erkennen die humane Tendenz des Antrages an. Aber nach den Ausführungen des Reichstanzlers halte ich es für das Beste, wenn der Antrag zur Zeit zurückgezogen würde.

Abg. Dr. Barth (Hr.): Der Reichstanzler erklärte, daß er zwar Sympathien für unseren Antrag habe, daß aber die Lage der gegenwärtigen politischen Verhältnisse der Ausführung des Antrages nicht günstig wäre. Das war aber gerade die Voraussetzung für die Einbringung unseres Antrages.

doch weite Kreise zu der Ueberzeugung gebracht, daß eine solche Kriegführung zur See durch Beschädigung fremden Eigentums auch für ein so mächtiges Land wie England seine zwei Seiten habe. Die öffentliche Meinung hat sich dort zu Gunsten unseres Antrages geändert, und ich glaube, daß die Stimmung in den letzten Jahrzehnten viel günstiger geworden ist.

Die Ansicht der Regierungen hat nun für die Mitglieder des Reichstags eine Situation geschaffen, daß sie unseren Antrag nicht annehmen würden, obgleich sie mit seiner Tendenz vollkommen einverstanden sind. Das Ergebnis einer Abstimmung über unseren Antrag würde also jetzt nicht der Ansicht des Reichstages entsprechen, und da bereits im Norddeutschen Reichstag einmal eine günstige Aeußerung der Volksvertretung für den Antrag extrahirt wurde, halten wir es für zweckmäßiger, unter diesen Umständen es jetzt auf eine Abstimmung nicht ankommen zu lassen.

Abg. Dr. Baumbach erklärt sich Namens der übrigen Mit-antragsteller mit der Zurückziehung einverstanden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei den Befolgungen für „Konjulate“ bringt Abg. Sammacher (ul.) die häufigen Verletzungen der Konjulatbeamten zur Sprache, von denen es doch zweifelhaft sei, ob sie im Interesse des Dienstes liegen.

Staatssekretär Hr. v. Marschall erwidert, daß es Grund-satz sei, den Konjularbeamten möglichst lange auf seinem Platze zu halten.

Abg. Dr. Bamberger (Hr.): Man macht sich ganz übertriebene Vorstellungen von dem Wirken des Konjuls in Bezug auf den Handel. In erster Linie ist er zum Schutze der Staatsangehörigen da, nicht aber zur Anbahnung neuer Handelsverbindungen.

Abg. Dr. Sammacher meint, daß die Konjuls dieser Pflicht vollkommen genügen.

Abg. Simula (Hr.) glaubt, gerade die Thätigkeit der englischen Konjuls in Rußland zeige, daß der Nutzen der Thätigkeit der Konjuls auf handelspolitischem Gebiete stege.

Staatssekretär Hr. v. Marschall führt aus, daß die Konjuls auch ihre Aufmerksamkeit auf die Handelsbeziehungen und auf neue Abzweige richten.

Abg. Dr. Bamberger meint, daß diese Thätigkeit der Konjuls nicht von Nutzen sei. Ein guter Kaufmann werde auf die Berichte der Konjuls nicht viel geben. Die Befürwortungen von Konjuls, welche von den Geschäftsverhältnissen nichts verstehen, haben vielfach Spekulationen in überseischen Papieren veranlaßt.

Die Titel: „Befolgungen der Beamten in den Schutzgebieten“ werden ausgesetzt bis zur Beratung des Kolonialetat's. Zum Kapitel „Allgemeine Fonds“, Titel 4, „Zu Geheimen Ausgaben“ (500 000 Mark gegen 48 000 Mark im vorigen Jahre) erklärt

Abg. Ricker (Hr.): Materiell sind wir in diesem Punkte mit der Regierung einig, daß dies eine Frage des Vertrauens sein muß. Wir haben die geheimen Fonds für das Auswärtige Amt im Militär- und Marine-Etat niemals beanstandet, weil wir anerkannt mußten, daß eine Regierung derartige Fonds haben muß. Es handelt sich hier also lediglich um eine graduelle Verschiedenheit, um die Höhe des Betrages.

nächster Zeit dem preussischen Landtag vorgelegt wird, wie es die preussische Regierung versprochen hat und wie es auch in der Thronrede steht.

Je nachdem die Auskunft ausfällt, werde ich mir vorbehalten, den Fonds zu bewilligen. Aber noch weit durchschlagender ist für mich der Wunsch, daß die Wirtschaft des Welfenfonds, an der das ganze preussische Volk seit Jahren tiefen Anstoß genommen hat, endlich einmal aus der Welt geschafft wird. Sollten wir uns trotz der Zusage der preussischen Regierung irren, so würden wir im nächsten Jahre immer noch im Stande sein, den Fonds, den wir jetzt im Vertrauen auf die Regierung bewilligen, zu streichen.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich erkläre, 1) daß das auswärtige Amt vom 1. April 1892 an keinen Pfennig mehr aus dem Welfenfonds erhalten wird, 2) daß neben diesen 500 000 Mark in Zukunft keine Beträge zu demselben Zweck aus dem Welfenfonds gezahlt werden. Ich erkläre drittens, was eigentlich überflüssig ist, da es schon in der Thronrede steht, aber ich thue es zur Beruhigung des Abg. Richter, daß die Regierung ernstlich damit beschäftigt ist, daß das Resultat schon in nächster Zeit wahrscheinlich vorliegen wird, eine anderweitige gesetzliche Regelung des Welfenfonds herbeizuführen.

Abg. Graf Ballestrem (Str.): Ich und mit mir der größte Theil meiner politischen Freunde werden für die vorliegende Etatsposition stimmen. Wir halten einen solchen Fonds bei dem auswärtigen Amt für durchaus notwendig und die Höhe desselben für angemessen. Für uns ist durchschlagend die Erwägung, daß die preussische Regierung einen Fonds, den sie bisher zur Verfügung stellte, vom 1. April an zurückzieht, und es war nach unserer Ansicht gar nicht notwendig, hier auf die Natur des bisher verwendeten Fonds einzugehen. Da dies aber geschehen ist, kann ich nur meine Freude ausdrücken über die von dem Herrn Reichskanzler abgegebene Erklärung und kann die Hoffnung aussprechen, daß die Lösung dieser Frage in Preußen nicht nur den Wünschen der Staatsregierung und des Volkes entsprechend erfolgen wird, sondern auch erfolgen wird nach den ewigen Regeln der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Abg. v. d. Decken (Welfe): Es ist jetzt auch von der Regierung anerkannt worden, daß Mittel des Welfenfonds für das deutsche Reich verwendet worden sind. Der Welfenfonds ist geschaffen worden, nachdem Preußen dem König Georg das Land entzogen hatte. Man wollte durch den Welfenfonds ein Mittel gegen die Angriffe des Königs Georg haben. (Präsident v. Levetzow unterbricht den Redner und macht ihn aufmerksam, daß hier nicht der Ort sei, über den Welfenfonds zu sprechen.) Der Abgeordnete Richter hat eine Interpellation an den Reichskanzler gerichtet, der Reichskanzler hat geantwortet, also halte auch ich mich für berechtigt, über den Welfenfonds zu sprechen. (Abg. Welfe: sehr richtig! Präsident Levetzow macht den Redner nochmals darauf aufmerksam, daß die Frage des Welfenfonds eine preussische Angelegenheit sei, die nicht hierher gehöre; Bravo rechts.) Ich kann mich der Thatsache, daß ich verhindert werde, über den Welfenfonds zu sprechen, nicht entziehen. Daß Sie mit ihrem Bravo einen Sieg erfochten haben, bilden Sie sich aber nicht ein. (Heiterkeit.) Diejenigen Mittel, die sich jetzt noch in der Reichskasse aus dem Welfenfonds befinden, müssen herausgegeben werden. Der Redner geht sodann wieder auf die Geschichte des Welfenfonds ein. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner abermals zur Sache.) Um diesen Fonds zu behaupten, muß ich doch den verderblichen Charakter des Welfenfonds nachweisen. (Präsident v. Levetzow: Die Sache gehört nicht hierher.) Es müssen Anstalten gemacht werden, daß die Reichskasse die Mittel, die sie aus dem Welfenfonds bezogen hat, wieder heraus gibt. Wo sind denn die Angriffe des Königs Georg, zu deren Abwehr man den Welfenfonds bildete? Als er Land und Leute verloren hatte, beschlagnahmte man sein Vermögen. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner wiederholt zur Sache, und macht ihn auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam, falls er dem Rufe zur Sache nicht Folge leiste.) Der Reichskanzler hat den verbündeten Regierungen einen schweren Vorwurf gemacht, entweder, daß sie gar nicht gewußt haben, daß das auswärtige Amt aus dem Welfenfonds subventioniert wurde — das wäre eine Demütigung der verbündeten Regierungen. Oder sie haben es gewußt; das anzunehmen, dagegen sträubt sich jede Faser des Rechtsgefühls. Wir lassen uns an der jetzigen Erklärung des Reichskanzlers genügen, und bewilligen den Fonds. Wir verlangen aber, daß die bisher begangene Schuld gesühnt wird.

Abg. Richter (Str.): Ich bin nicht in der Lage, diesen Fonds zu bewilligen, weil mir die Möglichkeit einer Verwendung aus dem Welfenfonds noch immer vorzuliegen scheint, und zweitens weil unabhängig davon mir eine Bewilligung in dieser Höhe nicht gerechtfertigt erscheint.

Bezüglich des Verhältnisses zum Welfenfonds hat der Herr Reichskanzler allerdings heute, wie in der Kommission der Herr Staatssekretär, eine Erklärung abgegeben. Indessen hat sich die Sachlage nicht geändert, denn eine solche Erklärung hat der Herr Reichskanzler am 27. November bei der ersten Beratung des Etats und bereits im April im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben; ja die früheren Erklärungen waren sogar noch spezieller und weniger allgemein wie die heutige. Wir kennen weder den Inhalt der Vorlage, welche die preussische Regierung einzubringen beabsichtigt, noch würden wir, wenn wir den Inhalt kennen würden, wissen, ob ein solcher Gesetzentwurf im preussischen Landtage zu Stande kommt, es ist ja bekannt, daß dort die Ansichten in Bezug auf die Verwendung des Welfenfonds sehr weit auseinander gehen. Für mich würde eine Sicherheit, daß aus dem Welfenfonds nicht Gelder zu diesem Zwecke verwendet werden können, erst vorhanden sein, wenn ein Gesetz zu Stande gekommen und in der Gesetzsammlung publiziert wäre, welches eine Verwendung des Welfenfonds für diese und andere politische Zwecke ausschließt. Allerdings hat der Reichskanzler, ebenso wie der Staatssekretär in der Kommission, erklärt, daß vom 1. April an im auswärtigen Amt eine Verwendung aus dem Welfenfonds nicht stattfinden soll. Indessen bindet eine solche Erklärung nur den Reichskanzler bezw. den Herrn v. Marschall selbst, nicht irgend einen nach ihm.

Ja, es schließt diese Erklärung nur aus einer Verwendung von Mitteln des Welfenfonds für Zwecke des auswärtigen Amtes. Formell würde mit einer solchen Erklärung sogar zu vereinbaren sein eine stärkere Verwendung des Welfenfonds für die geheimen Fonds des preussischen Ministeriums, also für innere politische Zwecke, eine Verwendung, die ich noch für viel weniger angebracht halte, als die für das auswärtige Amt. Formell zu unterscheiden zwischen geheimen preussischen Fonds und geheimen Reichsfonds, das scheint mir Vogel-Strauß-Politik zu sein. Um so mehr können sie durch einander spielen, als die preussischen und die Reichsministerien durch Personalunion mit einander verbunden sind.

Ich bin auch der Meinung, daß nach Form und Inhalt das Bedürfnis für die erhöhte Forderung dieses Fonds nicht nachgewiesen ist. Es kann allerdings plausibel erscheinen, daß man für gewisse militärische Zwecke höhere Summen bedarf, als in den geheimen Fonds des Kriegsministeriums ausgeworfen sind. Das würde aber dazu führen müssen, daß diese Fonds, da wo sie zur Verwendung gelangen, erhöht werden. Eine solche Erhöhung der geheimen Fonds des Kriegsministeriums würde die

Mittel mehr technischen Fonds zuführen und eine Verwendung zu politischen Zwecken formell ausschließen. Die Gründe, welche man dafür geltend gemacht hat, daß diese Beträge nicht dem Kriegsministerium zugeführt werden sollen, sondern daß eine Erhöhung dieses Fonds nicht nötig sei, kann ich als ausschlaggebend ansehen. Was nun die Verwendung dieses erhöhten Fonds für auswärtige Zwecke im engeren Sinne anbetrifft, so ist ja allerdings erklärt worden, daß Verwendungen für die Presse aus geheimen Fonds nicht stattfinden. Indessen war Herr v. Marschall nur in der Lage, diese Erklärung abzugeben für die zwei Jahre, wo er selbst im Amte war. Meines Erachtens sind aber gerade mit den geheimen Fonds des auswärtigen Amtes früher die größten Mißbräuche getrieben worden, und gerade jene Verwendungen, die noch in der letzten Zeit großes Aufsehen erregt und Staub aufgewirbelt haben, haben, wie ich voraussetzen darf, gerade aus dem Fond des auswärtigen Amtes stattgefunden.

Sobann aber, wenn nun die Verwendung für die Presse und für andere Zwecke ausgeschlossen sein soll, die auch nicht entfernt damit zusammenhängen, vermag ich mir überhaupt keine Vorstellung zu machen, wie Summen in dieser Höhe für auswärtige Zwecke im engeren Sinne des Wortes, also mit Ausschluß des Militärischen, verwendet werden können. Ueber die Zwecke und die Art der Verwendungen in diesem Fonds ist uns nicht die mindeste Auskunft, auch keine streng vertrauliche, in der Kommission gegeben worden. Dasjenige, was man meiner Meinung nach in der Diplomatie durch einen solchen Fonds erreichen könnte, ist von zweifelhaftem Werth. Wenn man sich auf andere Staaten beruft, so können Sie mir dadurch nicht den Beweis ersehen, daß wir einen solchen hohen Fonds nötig haben. In anderen Staaten sind die Verhältnisse anders, das Staatsrecht ist anders, und die Natur der Forderung selbst ist eine andere. Das aber weiß ich, daß in Preußen vor 1868 das auswärtige Amt höherer Fonds in solcher Höhe absolut nicht bedurft hat, und doch waren das die kritischsten Zeiten für die Diplomatie. Ja, noch 1868 bei der Erörterung über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg hat Fürst Bismarck gesagt: Wenn Sie mir 500 000 Mark zu geheimen Fonds bewilligen wollen, ich würde nicht wissen, wie ich diese Summe verwenden sollte.

Nun ist es ja formell richtig, daß, wenn man diesen Fonds von 500 000 M. bewilligt, man im nächsten Jahre im Falle eines Mißbrauchs ihn ablehnen kann. Aber wer kann denn den Mißbrauch nachweisen? Wer hätte geglaubt, daß gewisse Verwendungen, wie wir sie erfahren haben, auch nur möglich sind? Man wird also immer auf Vermuthungen hinsichtlich der Verwendung angewiesen sein. Wir haben keine Sicherheit für die Zukunft, und ist einmal der Fonds bewilligt, dann ist es sehr schwierig, eine Nichtbewilligung herbeizuführen. Wird er aber fortbewilligt, so trifft auch diejenigen, die ihn zuerst bewilligt haben, die Verantwortung für etwaige Mißbräuche. Selbst eine gebannte Kasse scheut das Feuer. Nach Allem, was ich in der parlamentarischen Praxis betrefis der geheimen Fonds erlebt habe, bin ich gezwungen, sehr vorsichtig und auch sehr mißtrauisch zu sein. Die Bewilligung dieses Fonds ist kein Vertrauensvotum, wie die Ablehnung kein Mißtrauensvotum ist für die Politik im Allgemeinen. Indessen, wenn ich in der Sache überhaupt an sich zweifelhaft wäre, so muß ich doch sagen, daß gewisse Vorgänge in der innern Politik aus der jüngsten Zeit doch eine gewisse Warnung enthalten, Bewilligungen eintreten zu lassen für Zwecke, die man nicht unmittelbar klar vor sich sieht. Das ist hier durchaus nicht der Fall. Deswegen werde ich gegen die Erhöhung dieses Fonds stimmen.

Abg. Dr. Bennigsen (nl.): Es ist Herrn Richter nicht gelungen, nachzuweisen oder wahrscheinlich zu machen, daß die geforderte Summe irgendwie zu hoch gegriffen sei. Im Gegentheil die Zahlen, die für England, Frankreich, Oesterreich genannt sind, beweisen, daß die Summe, die hier gefordert wird, sehr niedrig ist. Namens meiner politischen Freunde, und vor Allem der in der Provinz Hannover spreche ich es aus, daß wir die Erklärung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus und Reichstag freudig begrüßt haben, daß es die Absicht der preussischen Regierung sei, die Verwendung der Einkünfte aus dem Welfenfonds anderweitig gesetzlich zu regeln. Diese Maßregel wird überall in der Provinz Hannover Befriedigung und Genugthuung hervorgerufen. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß vom 1. April 1892 an aus dem Welfenfonds für das auswärtige Amt nichts mehr verwendet werden soll, ist eine durchaus bestimmte. An dieser Erklärung hat Herr Richter keinen Anstoß genommen; er ist nur besorgt um die Zukunft. Was steht im Wege, wenn künftig eine Aenderung eintritt, die Bewilligung dann nicht mehr eintreten zu lassen? Was den jetzigen Reichskanzler und Staatssekretär betrifft, so ist kein Zweifel: sie sind formell und moralisch gebunden durch ihre Erklärung. Wenn nun andere Persönlichkeiten ins Amt kommen, was hindert uns, von ihnen dieselbe Erklärung zu fordern? Die Sorge für die Zukunft giebt also keine Veranlassung zu einer Ablehnung.

Was die Furcht vor einem Mißbrauch anbetrifft, so mag Vorsicht in dem Verhalten der Parteien zu einzelnen politischen Vorlagen geboten sein; aber es ist doch kein Grund vorhanden, aus dieser Furcht eine Forderung abzulehnen, die wir in dieser Höhe haben müssen. Das würde nur in dem Fall ein Grund sein, wenn man die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Forderung benutzen will, um irgend ein Ministerium zu stürzen. Daß diese Absicht beim Abg. Richter in Frage kommen kann, glaube ich nicht; und so sind alle Erklärungen, die er abgegeben hat, für ihn in seiner politischen Stellung kein Grund, die Forderung abzulehnen. Meine Partei wird für dieselben stimmen.

Hierauf wird der Titel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und eines Theils der Freisinnigen angenommen.

Der Rest des Ordinariums wird nach unerheblicher Debatte bewilligt. Zu dem Titel des außerordentlichen Etat: Subvention an die zoologische Station des Prof. Dr. Dohrn in Neapel regt

Abg. Dr. Gammacher (nl.) eine Verlegung dieser zoologischen Station an, da Neapel kein günstiger Ort für dieselbe sei, um die Fauna des Mitteländischen Meeres auszubenten.

Abg. Dr. Virchow (df.) hebt die großen Leistungen dieser Station hervor, die sich in dem Berliner Aquarium dokumentiren.

Die weitere Diskussion über die Kolonialtitel dieses Etats so wie den Kolonialetat wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 4. März. Die Menschen denken härter heute, und die eiserne Zeit der sogenannten Realpolitik läßt weiche Gefühle nicht aufkommen. Das muß Einem wieder einmal klar werden, wenn man die heutige Verhandlung des Reichstags über den Antrag, die Freiheit des Privatguthums zur See in Kriegszeiten zu sichern, mit der entsprechenden Verhandlung des Reichstags vom Jahre 1868 vergleicht. Damals wurde einstimmig dieselbe Forderung, die heute wiederkehrt, angenommen, und auch der Minister Delbrück stimmte dafür. Heute mußten die freisinnigen und nationalliberalen Antragsteller ihre Forderung zurückziehen, um

sie vor der Gefahr einer Verwerfung von Seiten der Mehrheit des Reichstags zu schützen. Es war taktisch klug, den Antrag nicht erst dem sicheren Schicksale einer Ablehnung auszuliefern. So kann doch wenigstens die Fiktion aufrechterhalten bleiben, daß der Reichstag einmal eine hohe Forderung wie die im Antrag ausgeprochene durch Zustimmung zu der seinigen gemacht hat. Nur leider ist es nicht der Reichstag von 1892 sondern immer noch der von 1868. Die Rede des Grafen Caprivi, die dem Antrage den Todesstoß versetzte, mag sachlich unansehnlich erscheinen, darum wird aber doch nicht das humane Ideal eines Zustandes hinfällig, der einen selbstverständlichen Grundsatz des Landkrieges, die Unantastbarkeit des Privatbesitzes, auf den Seekrieg übertragen will. Gegen die Weigerung des Reichskanzlers ist in diesem Falle nun freilich nichts zu machen, und der Reichstag hat deshalb darauf verzichtet, die Sache gründlicher zu erörtern. Wäre er in diese Erörterung eingetreten, dann hätte sich mehr als ein Punkt in der Rede des Grafen Caprivi widerlegen lassen. Der Satz z. B., daß die Staaten der Mittel sich bedienen müssen, die ihnen der Krieg in die Hand giebt, und daß darin keine Barbarei gefunden werden könne, mag in seiner Allgemeinheit gelten, aber Jedermann weiß, daß er durch internationale Konventionen wesentlich eingeschränkt ist, und daß darum noch lange nicht die Energie der Kriegführung verringert wird. Immerhin kann man aus der Stellung des leitenden Staatsmannes entnehmen, daß der Leistungsfähigkeit unserer Marine im Ernstfalle ein außerordentlich hohes Zutrauen geschenkt wird. In Interesse einer schwächeren Macht würde es jedenfalls eher als in dem eines stärkeren Staates liegen, durch internationale Abmachungen die Schäden eines Seekrieges möglichst zu mindern. Wer in dieser Hinsicht Fesseln verschmäht, der traut sich zu, den etwaigen Schaden, den er von feindlichen Nachbarn zu befürchten haben muß, durch größeren Schaden wettzumachen, den er seinerseits den Feinden zufügen kann. Im weiteren Verlaufe der Beratung über den Etat des auswärtigen Amtes wurde die Erhöhung der Geheimfonds auf 500 000 Mark mit großer Mehrheit nach dem Beschluß der Budgetkommission angenommen. Die kurze Debatte bestätigte, daß die Regierung im Abgeordnetenhaus ein kompensirendes Gesetz über den Welfenfonds einbringen wird. Von den Verhandlungen mit dem Herzog v. Cumberland ist dabei nicht die Rede gewesen. Eine etwaige Mißbegier von Abgeordneten wäre vom Reichskanzler auch kaum befriedigt worden, da diese Seite der Angelegenheit den Reichstag materiell nichts angeht. Hoffentlich bekommt das Welfenfondsgesetz eine Gestalt, die die berechtigten Wünsche namentlich der hannoverschen Bevölkerung befriedigt. Eine kleine Szene führte der welfische Abgeordnete von der Decken herbei. Dieser Redner ist die Sanftmuth in Person, und sein Phlegma hat etwas Phänomenales. Wenn er spricht, dann ist das ein Entzücken für die Stenographen, die wohl gar noch Arabesken in ihre Zeichen hineinmalen können, so langsam fließt der Erguß der Deckenschen Beredsamkeit. Heute aber wurde der welfische Abgeordnete so heftig, daß der Präsident v. Levetzow ihn zur Sache hat rufen müssen. Das gab denn wieder zu Zeichen des Mißfallens auf der linken Seite des Hauses Veranlassung; besonders die Sozialdemokraten sind neuerdings merkwürdig oft erregt, wenn Herr v. Levetzow die Autorität seines Amtes wahr.

In der am 3. d. M. abgehaltenen Plenaritzung des Bundesraths wurden einige, vom Reichstag überwiesene Petitionen, ferner folgende neu eingegangene Vorlagen den zuständigen Ausschüssen überwiesen: eine Vorlage, betreffend ausländische Prüfungszeichen von Handfeuerwaffen, die Entwürfe von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter z. in Stein- und Zementwerken, sowie in Zuckerraffinerien und Raffinerien, endlich die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1888/89. Den Anträgen der Ausschüsse entsprechend, wurden die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb sowie in Glashütten, ferner die Aenderungen der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande, angenommen. Die Ausschußanträge, betreffend die schließliche Festsetzung der Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie der in Anrechnung zu bringenden Verwaltungsausgaben für das Etatsjahr 1888/89 wurden zum Beschluß erhoben. Ueber die Erledigung einer Anzahl von Eingaben auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens sowie über die Erweiterung der Abfertigungs-Befugniß einiger Zoll- und Steuerstellen wurde Beschluß gefaßt. Die Verammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß dem gegenwärtigen deutschen Eisenbahn-Gütertariffchema ein Spezialtariff für bestimmte Stückgüter eingefügt werde, und genehmigte gewisse Abänderungen der Bestimmungen über die Beförderung von Knochen auf den Eisenbahnen. Schließlich wurde dem Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte, die Zustimmung erteilt.

Der Kultusminister bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Gemeinden verpflichtet soll, für die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer höherer Schulen im Wesentlichen dasselbe zu leisten, was für Lehrer an Staatsanstalten vorgelesen ist.

Die freikonserervative „Post“ ist der Ansicht, daß der Artikel der „Kölner Ztg.“: „Ein frischer Zug“, wegen dessen die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, durch seine Tendenz die Absicht der Beleidigung ausschließt. Eine Anklage in diesem Falle würde ein politischer Fehler sein und im Zusammenhang mit den sonstigen Anklagen gleicher Art der Annahme Vor-schub leisten, als wolle die Regierung überhaupt die ihr unbecommene Kritik, die „Mörgel“ in der Presse mundtot machen.

In der „Kreuzzeitung“ behauptet Herr Prof. Dr. Cremer-Greifswald u. a., daß katholische Volk würde sich wie ein Mann erheben, käme ein Schulgesetz zu Stande, wie es die Gegner der Vorlage begehren. Damit aber wäre ein neuer Kulturkampf entsetzt u. s. w. Und auch ein Verzicht auf das Gesetz würde fast genau dieselbe Wirkung haben, wie ein den Gegnern genehmes Gesetz. Als wenn mit der Annahme der lex Bebblich nicht ebenfalls ein neuer „Kulturkampf“ entsetzt würde, bei dem die Regierung das ganze gebildete und aufgeklärte Deutschland zum Gegner haben würde! Im übrigen meint Herr Dr. Cremer, es sei gegründete Aussicht vorhanden, daß in einer Schule, in der der Staat auch mit der katholischen Kirche in Frieden sich die Hand reiche, sich dieselbe (d. h. die katholische Kirche) den Luxus versagen werde, den Syllabus gegen die

Sabre, 4. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 93,00, p. Mai 87,75, p. Sept. 84,25. Hauptkaffee.

Petersburg, 4. März. Produktenmarkt. Talg loco 57,00, per Aug. —. Weizen loco 14,25. Roggen loco 12,25. Hafer loco 5,30. Hanf loco 46,00. Leinwand loco 15,25. Wetter: Frost.

Antwerpen, 4. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet, Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 4. März. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata = Zug, Type B., per April 4,12 1/2, Juli 4,20, August —, Okt. 4,25.

Antwerpen, 4. März. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 15 1/2 bez. u. Br., v. März 15 Br., p. April 15 1/2 Br., p. Sept.-Dez. 15 1/2 Br. Schwächer.

Antwerpen, 4. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine behauptet, p. März 235, p. Mai 242. — Roggen loco geschäftslos, do. auf Termine fest, per März 222, per Mai 229. Raps per Frühjahr —. Hübsl loco 28, p. Mai 26 1/4, p. Herbst 27 1/4.

Antwerpen, 4. März. Bancazin 54.

Antwerpen, 4. März. Java-Kaffee good ordinary 54.

London, 4. März. 96 p. Ct. Zabazucker loco 15 1/8 ruhig. Rüben-Rohzucker loco 14 1/8 fest. Frost.

London, 4. März. Schilf-Kupfer 44 1/8, per 3 Monat 44 1/8.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 20 230, Gerste 8 780, Hafer 15 710 Orts.

In Folge kalter Witterung fester. Weizen 1/2 sh. höher, Mehl fest, Mais und Gerste stetig, Hafer 1/4 sh. höher, Bohnen und Erbsen fester. Schwimmendes Getreide stramm.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Englischer Weizen fest, fremder gegen Anfang flauer, seit Mittwoch unverändert. Mehl stetig. Uebrigens gegen Anfang unverändert. Angekommener Weizen fest, schwimmender voll 1/2 sh. höher, anderes anziehend.

Glasgow, 4. März. Robeisen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 sh. 10 1/2, d. à 41 sh.

Glasgow, 4. März. Die Vorräthe von Robeisen in den Stores belaufen sich auf 499 964 Tons gegen 545 031 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 20 im v. J.

Liverpool, 4. März. Getreidemarkt. Weizen 1/2 bis 1 d. höher, Mehl ruhig, Mais fest — Wetter: Schön.

Liverpool, 4. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8 000 Ballen. Stetig. Tagesimport 10 000 Ballen.

Liverpool, 4. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 2 000 Ballen. Amerikaner unverändert, Surats träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 3 1/2, Käuferpreis, Juni-Juli 3 1/2, do., August-Sept. 3 1/4, Verkäuferpreis, Sept.-Okt. 4 d. do.

Liverpool, 4. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 3 000 Ballen. Ruhig.

Madras Tinnevely fair 3, do. do. good fair 3 1/2, do. do. Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 3 1/2, Verkäuferpreis, April-Mai 3 1/2, do., Mai-Juni 3 1/2, do., Juni-Juli 3 1/2, Käuferpreis, Juli-Aug. 3 1/2, do., August-Sept. 3 1/2, do., Sept.-Okt. 3 1/2, do., Okt.-Nov. 4 1/2, do.

Liverpool, 4. März. Baumwollen-Wochenbericht. Wochen-Umsatz 54 000 B., von amerikanischer 49 000 B., davon für Spekulation 12 000 B., für Export 2 000 B., für wirl. Konsum 35 000 B., desgl. unmittelbar ex. Schiff 65 000, wirl. Export 11 000, Import der Woche 95 000, davon amerikanische 89 000, Vorrath 1 709 000, davon amerikanische 1 466 000, schwimmend nach Großbritannien 202 000, davon amerikanische 190 000.

Newyork, 4. März. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipelme certificates per April 59 1/8. Weizen per Mai 102 1/8.

Newyork, 3. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7 1/8, do. in New-Oriens 6 1/2. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipelme Certificates p. April 59 1/8. Ruhig, stetig. Schmalz loco 6,75, do. Rohe u. Brothers 7,05. Ruder (für raffinirtes Muscovado) 3. Mais (New) p. April 50 1/8, p. Mai 49 1/4, p. Juni 48 1/8. Rother Winterweizen loco 107 1/8. Kaffee Rio Nr. 7, 15. Mehl (Spring clear) 4 D. Getreidefracht 3 1/2. Kupfer 10,65. Rother Weizen p. März 103 1/8, p. April 104 1/8, p. Mai 102, p. Juni 99 1/4. Kaffee Nr. 7 loco ord. v. April 13,17, p. Juni 12,65.

Weizen eröffnete sehr fest, schloß aber schwach. Die Abschwächung erfolgte auf Blanco-Abgaben. Mais einige Zeit nach Eröffnung steigend, später Reaktion, Schluß träge.

Chicago, 3. März. Weizen p. April 88 1/2, p. Juni 90 1/8. Mais p. Mai 42 1/2. Speck short clear 6,20. Rork p. März 11,00. Weizen einige Zeitlang nach der Eröffnung fallend, dann lebhaftere Reaktion, später wieder fallend. Mais durchweg fest.

Berlin, 5. März. Wetter: Frost.

Newyork, 4. März. Weizen per März 103 1/8 C., per April 103 1/8 C.

Berlin, 5. März. Wetter: Frost.

Newyork, 4. März. Weizen per März 103 1/8 C., per April 103 1/8 C.

Berlin, 4. März. Die heutige Börse eröffnete und verlief im wesentlichen in fester Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet zunächst etwas besser ein und konnten sich weiterhin gut behaupten oder noch etwas anziehen, aber das Geschäft bewegte sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen, und nur einige Ultimowerte hatten zeitweise etwas belangreichere Umsätze für sich.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar.

Der Kapitalmarkt wies feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umsätzen; Reichs- und Preuß. kons. Anleihen zu wenig veränderter Notiz theilweise lebhafter. Fremde, festen Zins tragende Papiere zeigten festere Haltung; Russische Anleihen etwas anziehend und lebhafter, auch Italiener und Ungarische Goldrente etwas besser; Russische Noten infolge von Deckungskäufen weiter steigend.

Der Privatdiskont: wurde mit 1 1/2 Proz. notirt.

Auf internationalen Gebiet gingen österreichische Kreditattinen zu etwas anziehender Notiz mäßig lebhaft um; Franzosen nach schwächerer Eröffnung befestigt, Lombarden schwächer, andere österreichische Bahnen behauptet; Schweizerische Zentral- und Nordostbahn schwach; Warschau-Wien fester.

Inländische Eisenbahnaktien blieben ruhig bei ziemlich behaupteten Kursen; Marienburg-Nowa schwächer.

Bankaktien waren fest, die spekulativen Devisen etwas anziehend, namentlich Diskont-Kommandit-Antheile steigend und belebt, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile anfangs schwächer.

Industriepapiere behauptet, aber unbelebt. Von Montanwerthen gaben Aktien von Kohlenbergwerken im Verlaufe des Verkehrs etwas nach; Dortmund Union St.-Pr. und Bochumer Gußstahl etwas besser.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. März. In Newyork ist der Preis gestern für Weizen, auf günstige Saatenstands-Berichte aus den West-Staaten, um 1/2 C. gefallen. In Paris sind die Preise dagegen auf das Frostwetter hin gestiegen. Am hiesigen Getreidemarkt herrschte heute große Unlust; bei kleinem Geschäft zeigen die Preise für Weizen und Roggen keine nennenswerthen Veränderungen. Das Angebot von Roggen aus Bulgarien, aus der Türkei und Spanien war in den letzten Tagen reichlicher, die Preisforderungen waren aber wesentlich zu hoch. Es zirkulirten Gerüchte, daß die Abnahme der Rindungen in Amsterdam, seitens der russischen Kaufpartei, Schwierigkeiten begegne. Von anderer Seite werden diese Gerüchte als übertrieben bezeichnet, da nur ein kleiner Theil der gekündigten Mengen unerledigt geblieben sei. Safer war fast unmaßlos bei

ziemlich behaupteten Preisen. Roggenmehl bill und wenig verändert. Hübsl matter bei kleinen Umsätzen. Von Spiritus war wenig zugeführt, doch drückte die vorhandene starke Reaktionsluft die Preise durchweg um ca. 1/2 M.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) p. 1000 Kg. loco geschäftslos. Termine fest und höher. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. loco 202—220 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 205 M., per diesen Monat — M., per April-Mai 203,25—204,5—204,25 bez., per Mai-Juni 205—206—205,75 bez., per Juni-Juli 206—207 bez.

Roggen per 1000 Kilo. loco kleines Geschäft. Termine höher. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. loco 204—217 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 214 M., inländ. guter 213 ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 216 bis 215,75—217,25 bez., per Mai-Juni 213,5—215,25 bez., per Juni-Juli 210,5—212 bez., p. Juli-August 193,75—195 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—195 M. nach Qual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. loco Mittelforten flau. Termine bill. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. loco 152—177 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 M. Romas, preuß. und schles. mittel bis guter 154—162, hochfeiner 171—172 ab Bahn und frei Wagen bez. v. diesen Monat — M., v. April-Mai 155 M., v. Mai-Juni 155,5 bez., per Juni-Juli 156,25 M.

Mais per 1000 Kilogramm. loco matt. Termine geschäftslos. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. loco 133—143 M. nach Qual., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 119 M., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-Aug. — bez.

Erbsen p. 1000 Kilo. schwarze 190—240 M., Futtermais 165—172 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sad. Termine schließen höher. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat 29,7—29,85 bez., per April-Mai 29,45 bis 29,60 bez., per Mai-Juni 29,20—29,30 bez., per Juni-Juli 28,80 bis 28,95 bez., p. Juli-August — bez.

Hübsl p. 100 Kilo mit Faß. Matter. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. loco mit Faß 56,2 M., loco ohne Faß — M., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 55,2—55 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Septbr.-Oktober 55,5—55,3 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sad. loco 33,00 M. — Feuchte dgl. p. loco 18,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sad loco 33,00 M. Petroleum (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Böden von 100 Str. Termine — Gefündigt — M. Kündigungspreis — M. loco — M., v. diesen Monat — M., per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. loco ohne Faß 65 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — — Str. Kündigungspreis — M. loco ohne Faß 45,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. loco mit Faß —, v. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Etwas niedriger mit feiterem Schluß. Gef. — Str. Kündigungspreis — M. loco — M., v. diesen Monat und per März-April 45,1 bez., per April-Mai 45,7—45,4—45,7 bez., per Mai-Juni 45,8—45,6—45,9 bez., per Juni-Juli 46,2—46—46,2 bez., per Juli-Aug. 46,6—46,5 bis 46,7 bez., per Aug.-Sept. 46,7—46,5—46,8 bez., per Septbr.-Oktober 44,5—44,3—44,5 bez., per Oktbr.-Novbr. 42,8—43 bezahl.

Weizenmehl Nr. 00 29,5—27,5. Nr. 0 27,25—25,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,00—29,00 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 31,5—30,00 bez., Nr. 0 1 1/2, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4 1/4 M. I. Rub. = 3 M. 20 Pf. I. fl. südd. Wösterr. = 12 M. I. fl. W. = 2 M. I. fl. holl. W. I. M. 70 fl. I. Franco oder I. Lira oder I. Peseta = 80 Pf.

Table with columns for Bank-Diskonto, Wechselsv., Ausländische Fonds, Deutsche Fonds u. Staatspap., Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere. Includes various financial instruments and their prices.

Table with columns for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere. Includes various financial instruments and their prices.

Table with columns for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere. Includes various financial instruments and their prices.